



Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

Auswertung MDRfragt zum Thema:

Infrastruktur und Wirtschaft: Steckt Deutschland in der Krise?

Befragungszeitraum: 10. bis 14. Oktober 2024

22.458 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sperrfrist 17.10.2024

Die Ergebnisse in der Übersicht:

Themenbereich Infrastruktur

8 von 10 fordern mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, das Gesundheitswesen und Bildungseinrichtungen

8 von 10 empfinden Investitionsstau als Gefahr für die öffentliche Sicherheit

1 Mehrheit fordert Aussetzung der Schuldenbremse für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur

Grundsätzliche Lockerung der Schuldenbremse wird jedoch mehrheitlich abgelehnt

Themenbereich Wirtschaft

8 von 10 lehnen staatliche Subventionen für VW ab

Grundsätzlich befürwortet mehr als ein Drittel Wirtschaftssubventionen

Bürokratie wird als größtes Risiko für Wirtschaft in Mitteldeutschland gesehen

9 von 10 empfinden sinkende Inflation nicht als finanzielle Entlastung

Themenbereich Politik

Egal ob Inflationsbekämpfung, Migration oder der Nahost-Konflikt: 8 von 10 haben hier wenig Vertrauen in die Politik und ihre Entscheidungen

87 Prozent sind mit Arbeit der Bundesregierung unzufrieden

Mehrheit wertet Deutschland als rückschrittliches Land

Die Ergebnisse im Detail:

I Infrastruktur

98 Prozent fordern mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur

Der Einsturz der Carolabrücke in Dresden löste eine bundesweite Debatte über den Zustand der öffentlichen Infrastruktur aus. Die Bundesingenieurkammer und der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie beispielsweise forderten bereits am Folgetag höhere Investitionen in die Infrastruktur. Fast alle Befragten stimmen dieser Forderung zu. So sind 98 Prozent der Meinung, dass mehr in die öffentliche Infrastruktur investiert werden sollte.

Frage: Der Vorfall löste eine bundesweite Debatte über den Zustand der öffentlichen Infrastruktur aus. Die Bundesingenieurkammer und der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie beispielsweise forderten bereits am Folgetag höhere Investitionen in die Infrastruktur. Sollte Ihrer Meinung nach mehr in die öffentliche Infrastruktur investiert werden?

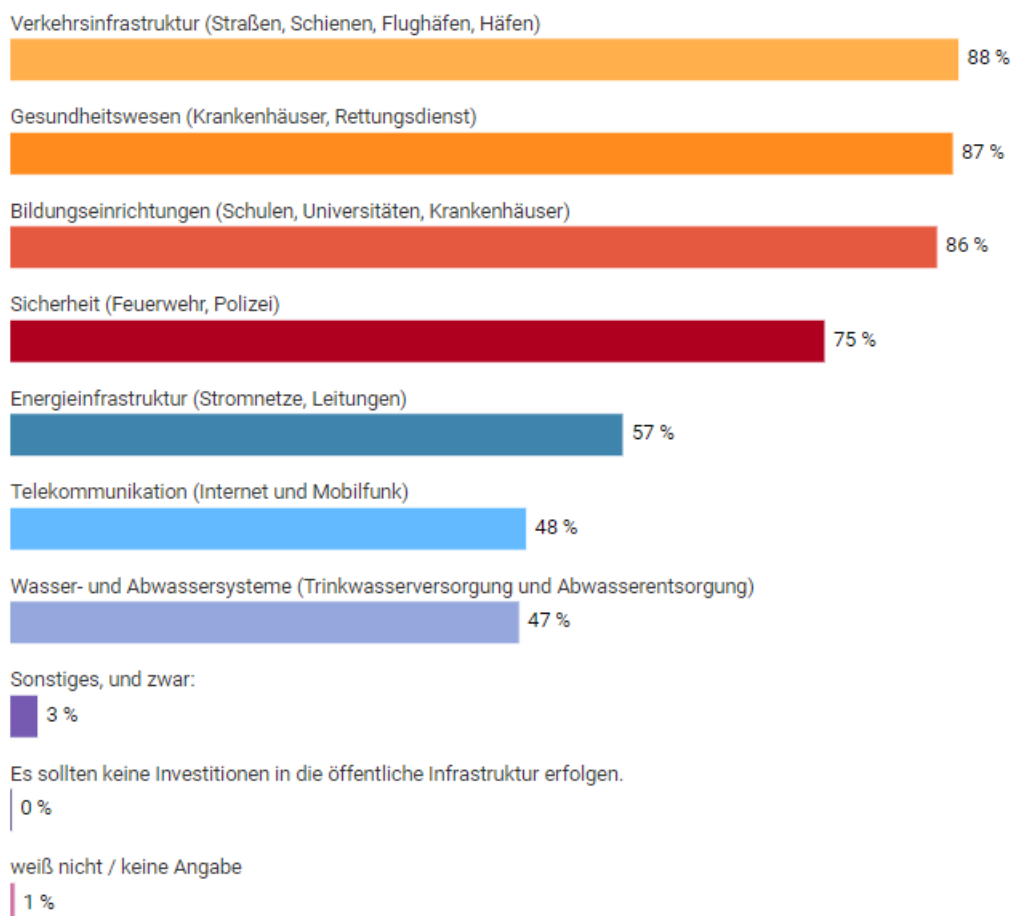


8 von 10 fordern mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, das Gesundheitswesen und Bildungseinrichtungen

Aus Sicht der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer sollte dabei in verschiedene Bereiche der öffentlichen Infrastruktur investiert werden.

- Mit Abstand am häufigsten werden die Bereiche Verkehrsinfrastruktur (88 Prozent), Gesundheitswesen (87 Prozent) und Bildungseinrichtungen (86 Prozent) genannt.
- Drei Viertel (75 Prozent) sind darüber hinaus der Ansicht, dass mehr in die Sicherheit investiert werden sollte.
- Mehr als jeder Zweite (57 Prozent) fordert zudem mehr Investitionen in die Energieinfrastruktur.
- Jeweils knapp die Hälfte der Befragten spricht sich zudem für mehr Investitionen in die Telekommunikation (48 Prozent) sowie in Wasser- und Abwassersysteme (47 Prozent) aus.

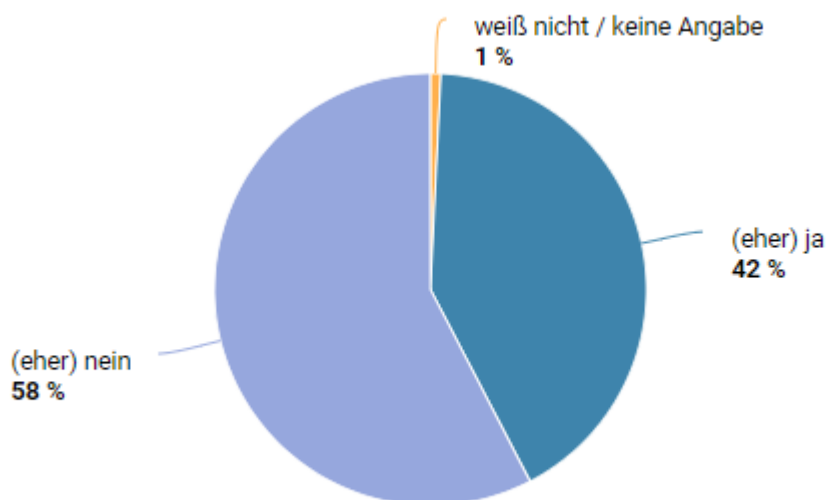
Frage: Und in welche Bereiche der öffentlichen Infrastruktur sollte aus Ihrer Sicht mehr investiert werden? Sie können alle Bereiche auswählen, die Sie für zutreffend halten.



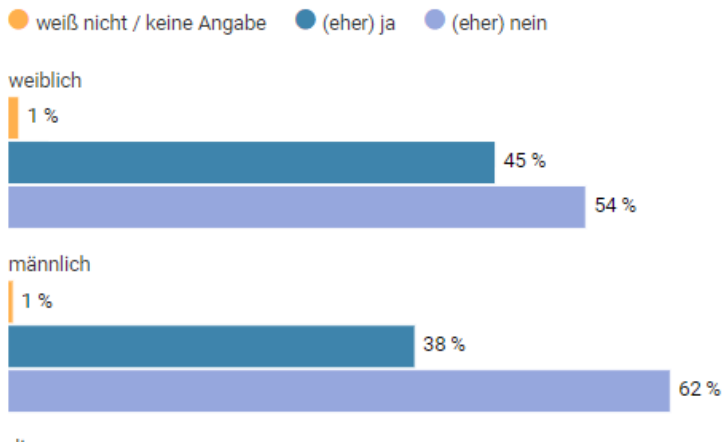
Zwei Fünftel überqueren Brücken mit mulmigem Gefühl – durch Einsturz der Carolabrücke

Neben der Debatte über mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur löste der Einsturz der Carolabrücke bei einigen Befragten auch ein ungutes Gefühl beim Überqueren von Brücken aus. Demnach gaben 42 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer an, dass sie durch den Einsturz jetzt ein mulmiges Gefühl haben, in Deutschland über Brücken zu gehen oder zu fahren. Für die deutliche Mehrheit (58 Prozent) ist das hingegen nicht der Fall.

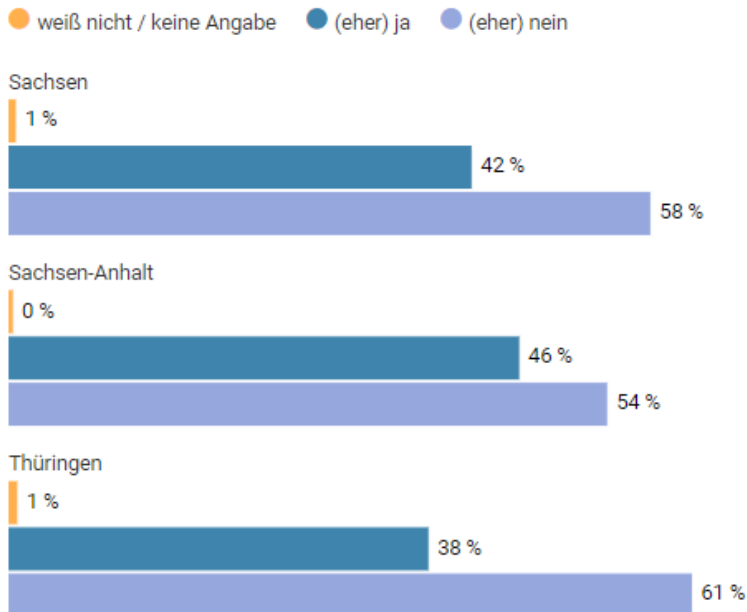
Frage: Die Dresdnerinnen und Dresdner dürften bei der Frage "Wie kaputt ist Deutschland?" derzeit vor allem ein Bild vor Augen haben: die teilweise eingestürzte Carolabrücke. In den Morgenstunden des 11. September fielen Teile der Brücke plötzlich in die Elbe. Haben Sie durch den Einsturz jetzt ein mulmiges Gefühl, in Deutschland über Brücken zu gehen oder zu fahren?



Bei den weiblichen Befragten herrscht das mulmige Gefühl dabei etwas eher vor als bei den männlichen Befragten.



Zudem ist das unguete Gefühl bei den Befragten aus Sachsen-Anhalt am stärksten ausgeprägt.

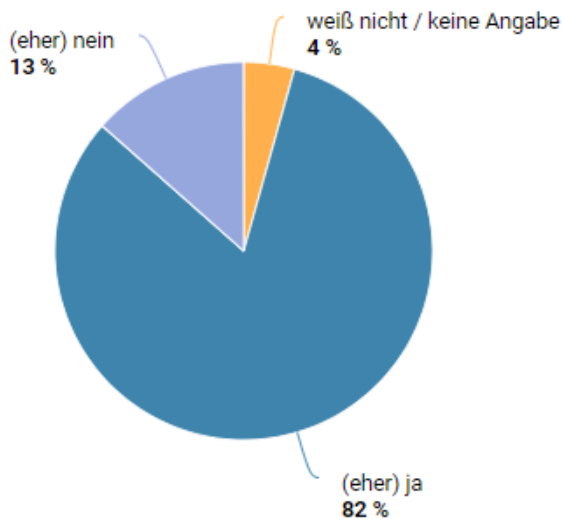


8 von 10 empfinden Investitionsstau als Gefahr für die öffentliche Sicherheit

Der deutsche Städte- und Gemeindebund beziffert allein den kommunalen Investitionsstau in diesem Jahr auf 186 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte davon entfällt auf Straßen und Schulen.

Grundsätzlich haben 82 Prozent der Befragten das Gefühl, dass der Investitionsstau eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit darstellt. 13 Prozent teilen diesen Eindruck hingegen nicht.

Frage: Der deutsche Städte- und Gemeindebund beziffert allein den kommunalen Investitionsstau in diesem Jahr auf 186 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte davon entfällt auf Straßen und Schulen. Insgesamt betrachtet: Haben Sie das Gefühl, dass der Investitionsstau eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit darstellt?

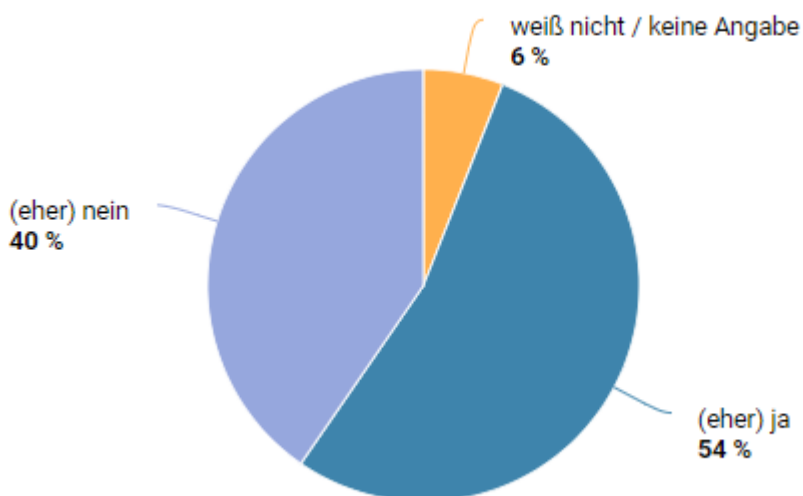


Mehrheit fordert Aussetzung der Schuldenbremse für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur

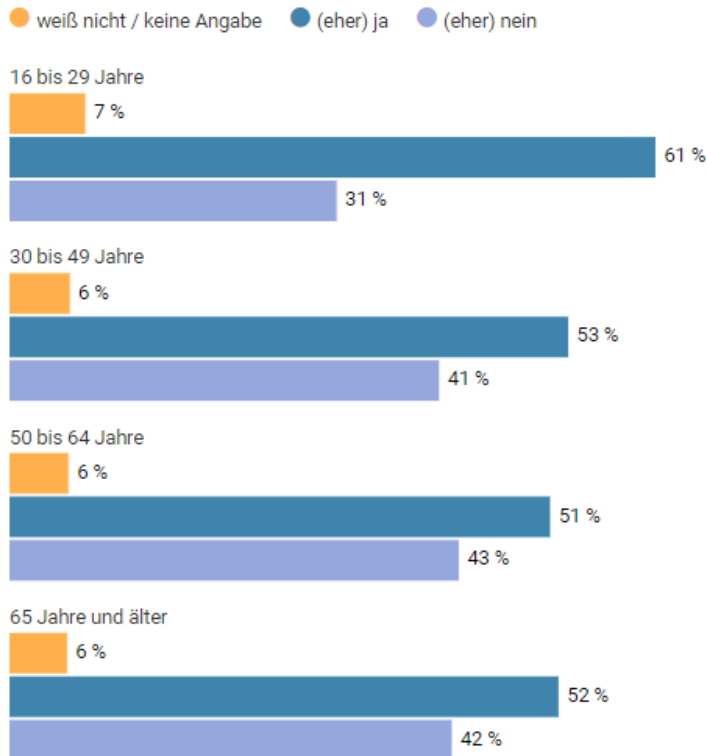
Aktuell wird auch darüber diskutiert, ob die Schuldenbremse ein Grund für den Investitionsstau sein könnte. Mit ihr verpflichtet sich der Staat, seit 2009, neue Schulden nur noch bis zu einer gewissen Höhe aufzunehmen. Dadurch begrenzt diese die Neuverschuldung des Staates, andererseits stehen dadurch weniger finanzielle Mittel für Investitionen zur Verfügung.

Mit Blick auf die öffentliche Infrastruktur ist die Mehrheit (54 Prozent) der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer der Ansicht, dass die Schuldenbremse für Investitionen in diesem Bereich ausgesetzt werden sollte. 40 Prozent teilen diese Meinung jedoch nicht.

Frage: Aktuell wird auch darüber diskutiert, ob die Schuldenbremse ein Grund für den Investitionsstau sein könnte. Mit ihr verpflichtet sich der Staat, seit 2009, neue Schulden nur noch bis zu einer gewissen Höhe aufzunehmen. Dadurch begrenzt diese die Neuverschuldung des Staates, andererseits stehen dadurch weniger finanzielle Mittel für Investitionen zur Verfügung. Sollte die Schuldenbremse aus Ihrer Sicht für Investitionen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur ausgesetzt werden?



Vergleicht man das Antwortverhalten je nach Altersgruppe der Befragten, zeigt sich: Die jüngsten Befragten (16 bis 29-Jährige) sind im Vergleich zu allen anderen Altersgruppen am ehesten dafür, die Schuldenbremse für Investitionen im öffentlichen Bereich auszusetzen.



Darüber hinaus plädieren die Befragten in Sachsen-Anhalt am stärksten für ein Aussetzen der Schuldenbremse für Investitionen im öffentlichen Bereich.

● weiß nicht / keine Angabe ● (eher) ja ● (eher) nein

Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen



Grundsätzliche Lockerung der Schuldenbremse wird jedoch mehrheitlich abgelehnt

Einer grundsätzlichen Lockerung der Schuldenbremse stehen die Befragten hingegen mehrheitlich kritisch gegenüber. So sollte diese aus Sicht von 52 Prozent nicht grundsätzlich gelockert werden – 41 Prozent würden dies hingegen befürworten.

Frage: Und sollte die Schuldenbremse aus Ihrer Sicht grundsätzlich gelockert werden?



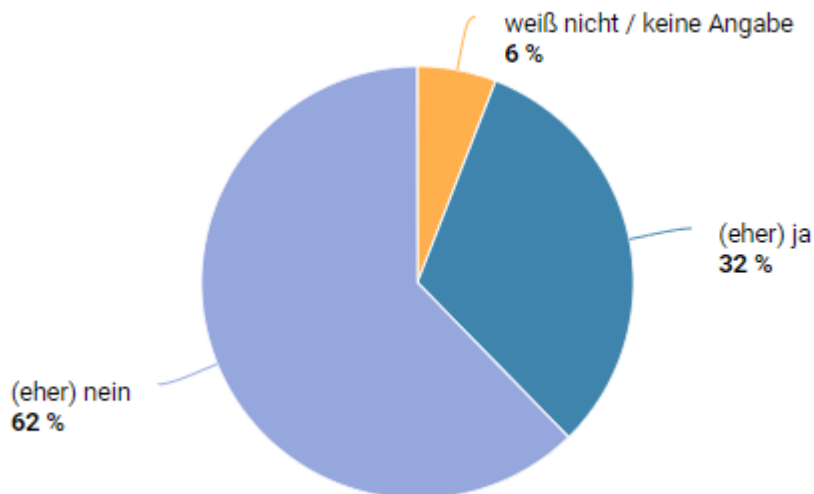
II Wirtschaft

Zukunft der deutschen Autoindustrie: Deutliche Mehrheit sieht keine führende Rolle im internationalen Wettbewerb

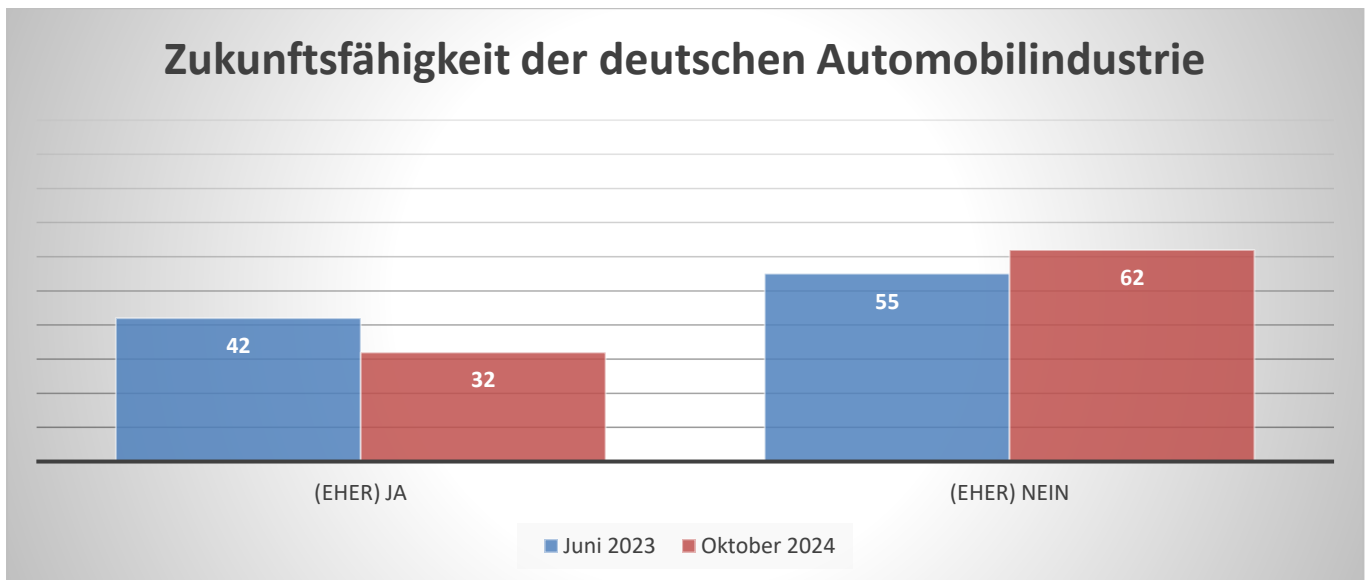
Sorgenkind ist derzeit nicht nur die deutsche Infrastruktur, sondern auch die deutsche Wirtschaft. Auch der Automobilhersteller Volkswagen gab Anfang September bekannt, künftig Sparmaßnahmen ergreifen zu müssen und schloss Werkschließungen nicht aus. Zu den möglichen Streichkandidaten zählen auch die Standorte in Chemnitz und Zwickau.

Die Autoindustrie spielt für die Wirtschaft in Deutschland wie in Mitteldeutschland seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle. Blickt man in die Zukunft, geht jedoch die deutliche Mehrheit (62 Prozent) der Befragten nicht davon aus, dass die deutsche Autoindustrie auch künftig im internationalen Wettbewerb eine führende Rolle spielen wird. Knapp ein Drittel (32 Prozent) denkt hingegen, dass dies durchaus der Fall sein könnte.

Frage: Die Autoindustrie spielt für die Wirtschaft in Deutschland wie in Mitteldeutschland seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle. Glauben Sie, dass die deutsche Autoindustrie auch künftig im internationalen Wettbewerb eine führende Rolle spielen wird?

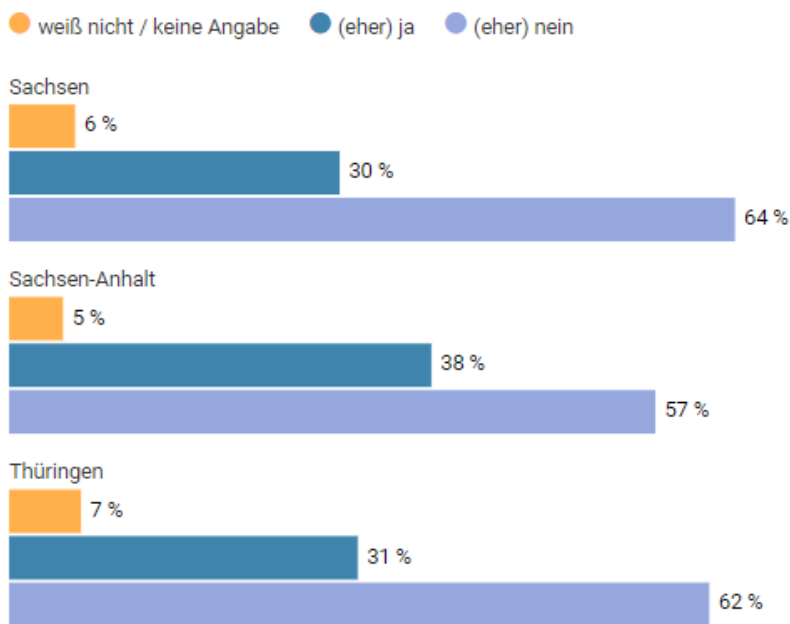


Wir haben diese Frage bereits im Juni vergangenen Jahres gestellt. Damals bewerteten die Befragten (42 Prozent) die Zukunft der deutschen Automobilindustrie noch etwas positiver.



12

Aktuell gehen die Befragten aus Sachsen-Anhalt am ehesten davon aus, dass die deutsche Automobilindustrie auch künftig im internationalen Wettbewerb eine führende Rolle spielen wird.

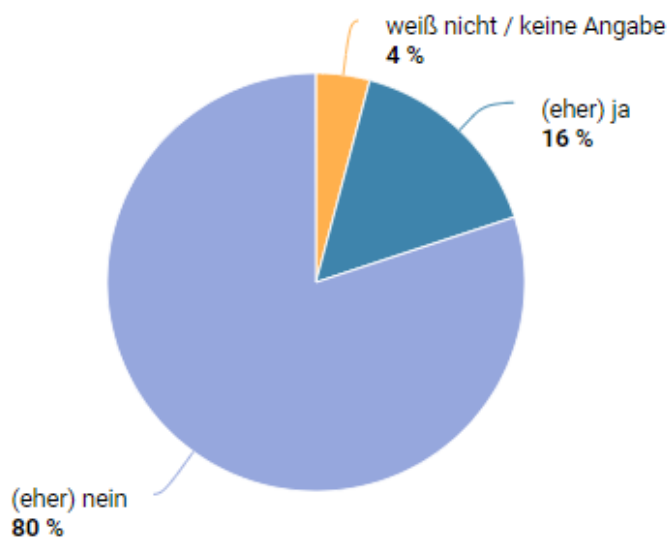


8 von 10 lehnen staatliche Subventionen für VW ab

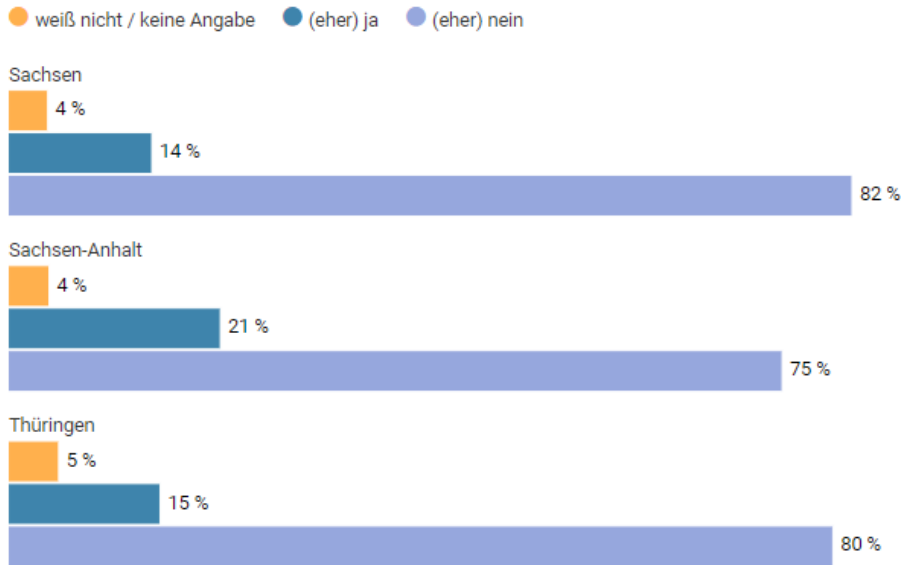
Der VW-Konzern zählt zu den umsatzstärksten Automobilherstellern der Welt, dennoch befindet er sich schon länger in der Krise.

Lediglich 16 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer sind vor diesem Hintergrund der Meinung, dass VW mit staatlichen Subventionen gefördert werden sollte. Demgegenüber lehnen 80 Prozent diese Forderung ab.

Frage: Sorgenkind ist derzeit nicht nur die deutsche Infrastruktur, sondern auch die deutsche Wirtschaft. Auch der Automobilhersteller Volkswagen gab Anfang September bekannt, künftig Sparmaßnahmen ergreifen zu müssen und schloss Werkschließungen nicht aus. Zu den möglichen Streichkandidaten zählen auch die Standorte in Chemnitz und Zwickau. Der VW-Konzern zählt zu den umsatzstärksten Automobilherstellern der Welt, dennoch befindet er sich schon länger in der Krise. Sollte VW Ihrer Meinung nach mit staatlichen Subventionen gefördert werden?



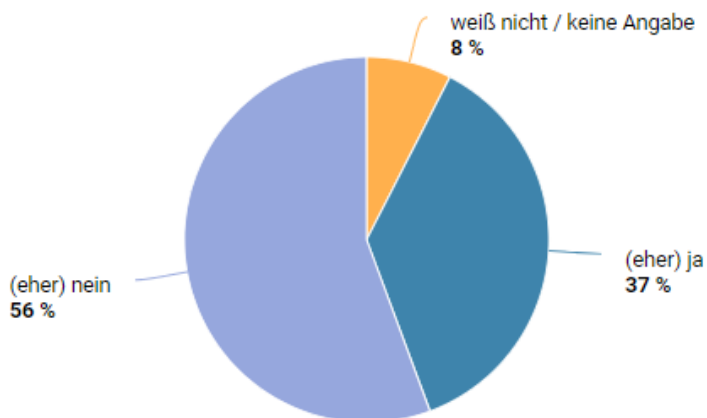
Vergleicht man das Antwortverhalten je nach Bundesland, zeigt sich: Die Befragten in Sachsen-Anhalt sprechen sich am ehesten dafür aus, VW mit staatlichen Subventionen zu fördern.



Grundsätzlich befürwortet mehr als ein Drittel Wirtschaftssubventionen

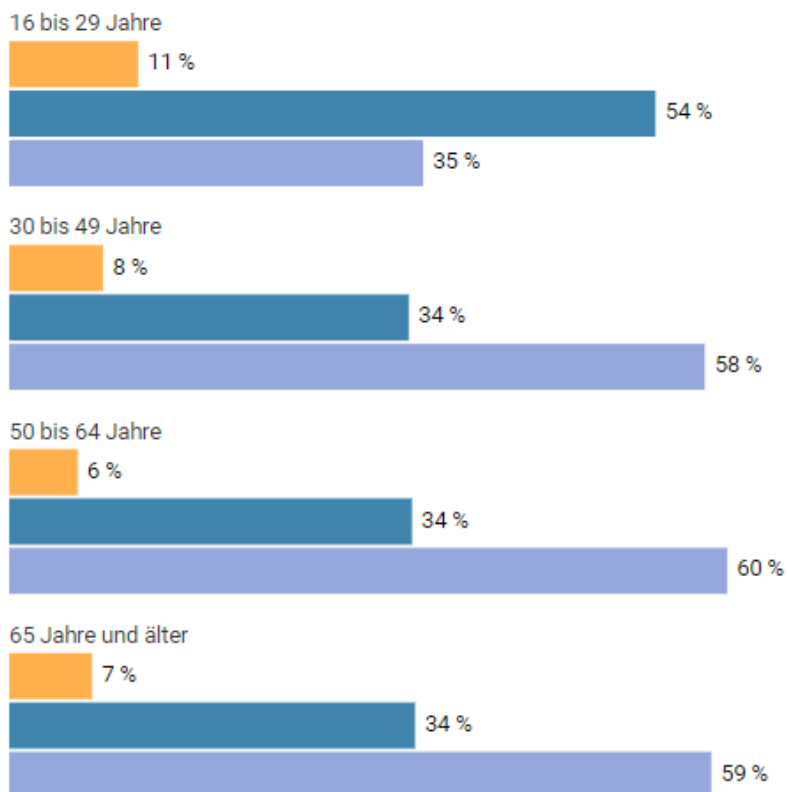
Mit Blick auf die deutsche Wirtschaft insgesamt, ändert sich die Haltung der Befragten zur Subventionspolitik etwas. So spricht sich mehr als ein Drittel (37 Prozent) dafür aus, die deutsche Wirtschaft grundsätzlich stärker durch steuerfinanzierte Subventionen zu unterstützen. Die Mehrheit (56 Prozent) lehnt dies hingegen ab.

Frage: Und sollte der Staat die deutsche Wirtschaft grundsätzlich stärker durch steuerfinanzierte Subventionen unterstützen?



Auch hier unterscheidet sich das Antwortverhalten je nach Altersgruppe der Befragten. So sind jüngsten Befragten (16 bis 29-Jährige) deutlich eher der Meinung, dass die deutsche Wirtschaft durch steuerfinanzierte Subventionen unterstützt werden sollte.

● weiß nicht / keine Angabe ● (eher) ja ● (eher) nein



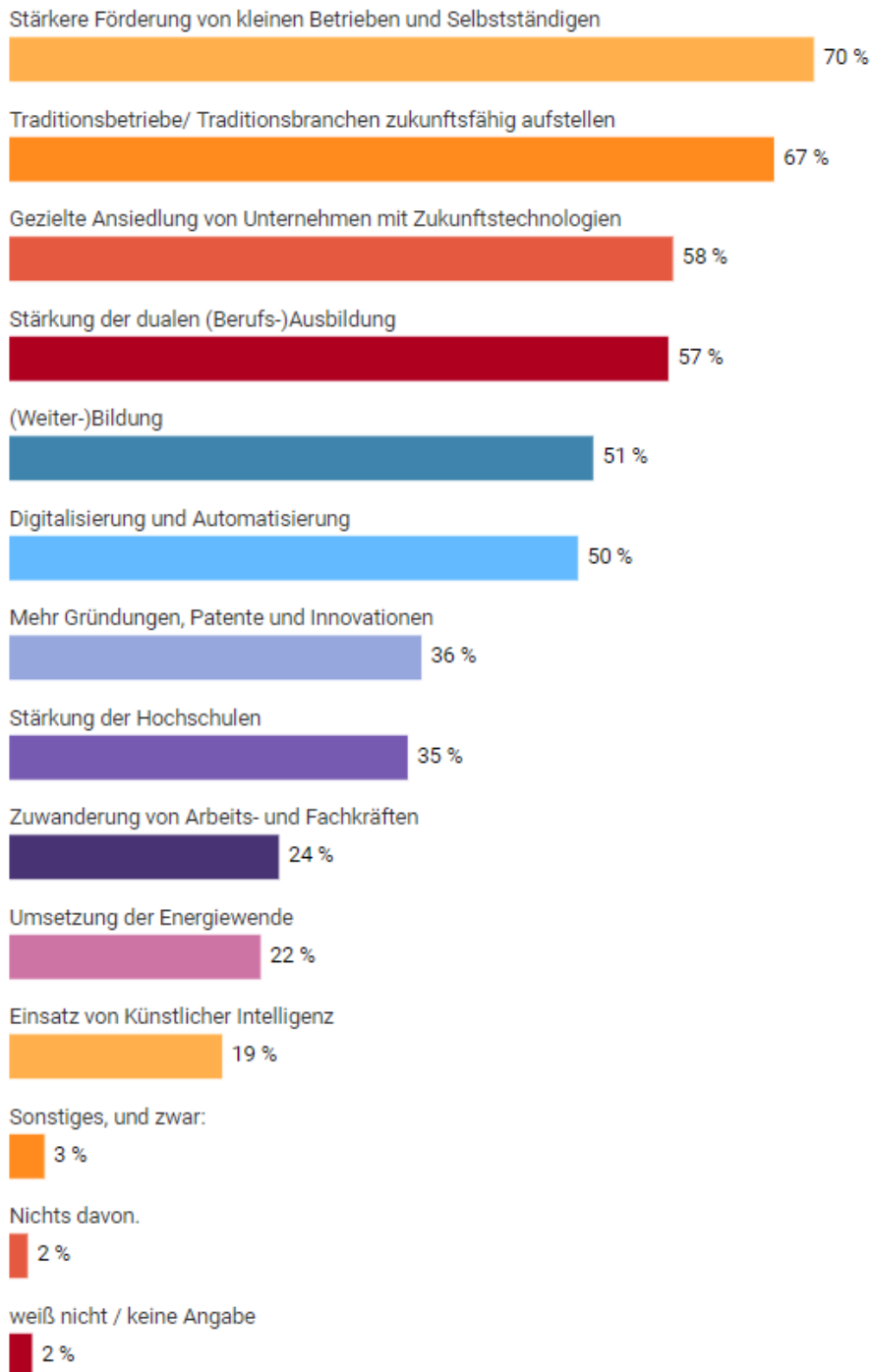
7 von 10 halten Förderung von Selbstständigen und kleinen Betrieben für Entwicklung der Wirtschaft in Mitteldeutschland für relevant – Knapp ein Fünftel hält Einsatz von KI für wichtig

Welche Bereiche können die Wirtschaft in Mitteldeutschland weiter voranbringen? Die Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sehen für verschiedene Maßnahmen unterschiedlich viel Potenzial:

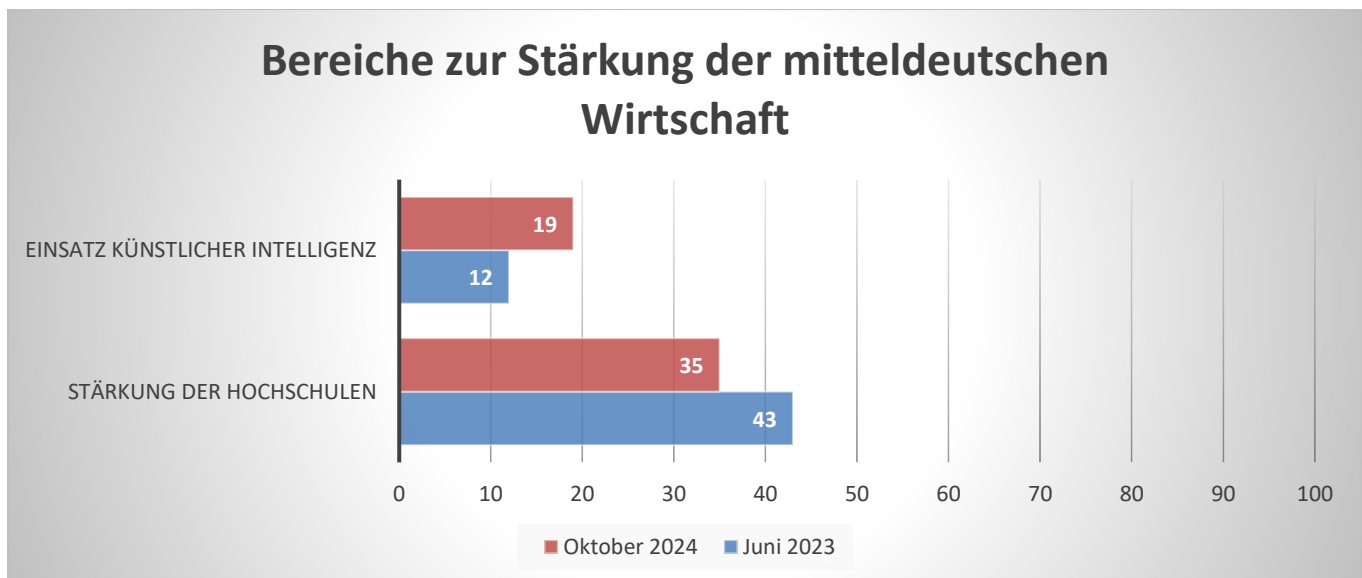
- So halten 7 von 10 die stärkere Förderung von kleinen Betrieben und Selbstständigen für wichtig.
- 67 Prozent sehen es als Chance, wenn Traditionsbetriebe bzw. Traditionsbranchen zukunftsfähig aufgestellt werden.
- Darüber hinaus erscheint für 58 Prozent die gezielte Ansiedlung von Unternehmen mit Zukunftstechnologien vielversprechend.
- Die Mehrheit (57 Prozent) hält auch die Stärkung der dualen (Berufs-)Ausbildung für relevant.
- Auch der Weiterbildung und dem lebenslangen Lernen rechnet die Mehrheit (51 Prozent) große Chancen zu.
- Jeder Zweite (50 Prozent) ist zudem der Ansicht, dass Digitalisierung und Automatisierung die Wirtschaft in Mitteldeutschland voranbringen.
- Mehr als ein Drittel (36 Prozent) denkt, dass es mehr Gründungen, Patente und Innovationen geben müsste.
- Außerdem halten 35 Prozent die Stärkung der Hochschulen für relevant.
- Knapp ein Viertel findet die Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften (24 Prozent) wichtig und mehr als ein Fünftel (22 Prozent) wertet die Umsetzung der Energiewende als chancenreich.
- 19 Prozent sehen zudem den Einsatz von Künstlicher Intelligenz als Chance.

Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

Frage: Aus Ihrer persönlichen Wahrnehmung heraus, was glauben Sie, in welchen Bereichen liegen die größten Chancen für die Weiterentwicklung der Wirtschaft in Mitteldeutschland? Sie können alles auswählen, das aus Ihrer Sicht zutrifft.



Wir haben auch diese Frage im Sommer vergangenen Jahres gestellt. Im Langzeitvergleich zeigen sich dabei leichte Unterschiede. So wurde im Juni 2023 beispielsweise die Stärkung der Hochschulen für relevanter erachtet (43 Prozent). Demgegenüber sprachen sich damals etwas weniger für den Einsatz künstlicher Intelligenz aus (12 Prozent).





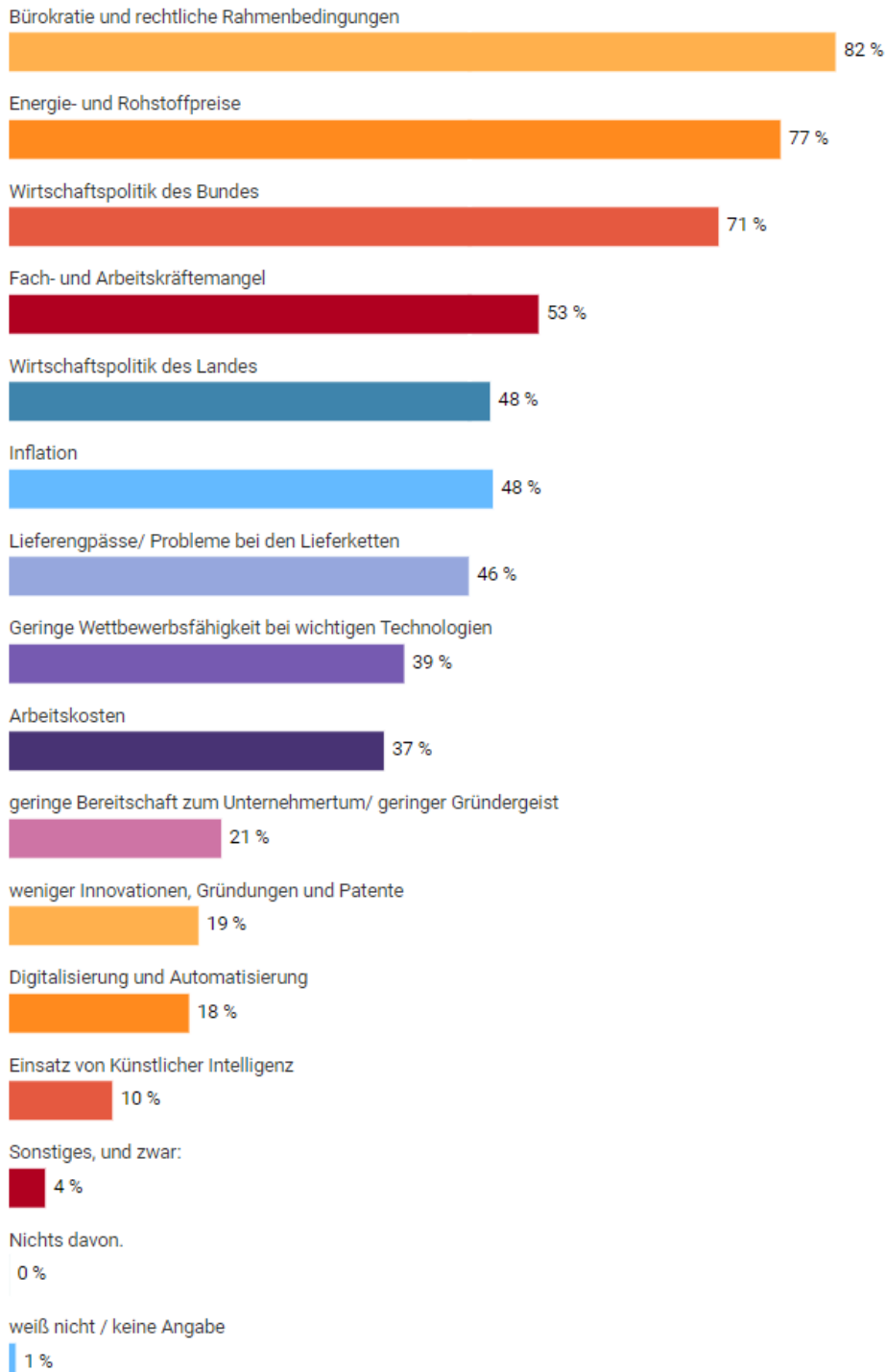
Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

Bürokratie wird als größtes Risiko für Wirtschaft in Mitteldeutschland gesehen

Auf die Frage, was aus Sicht der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer derzeit die größten Risiken für die Wirtschaft in Mitteldeutschland sind, wurden mehrere Bereiche genannt:

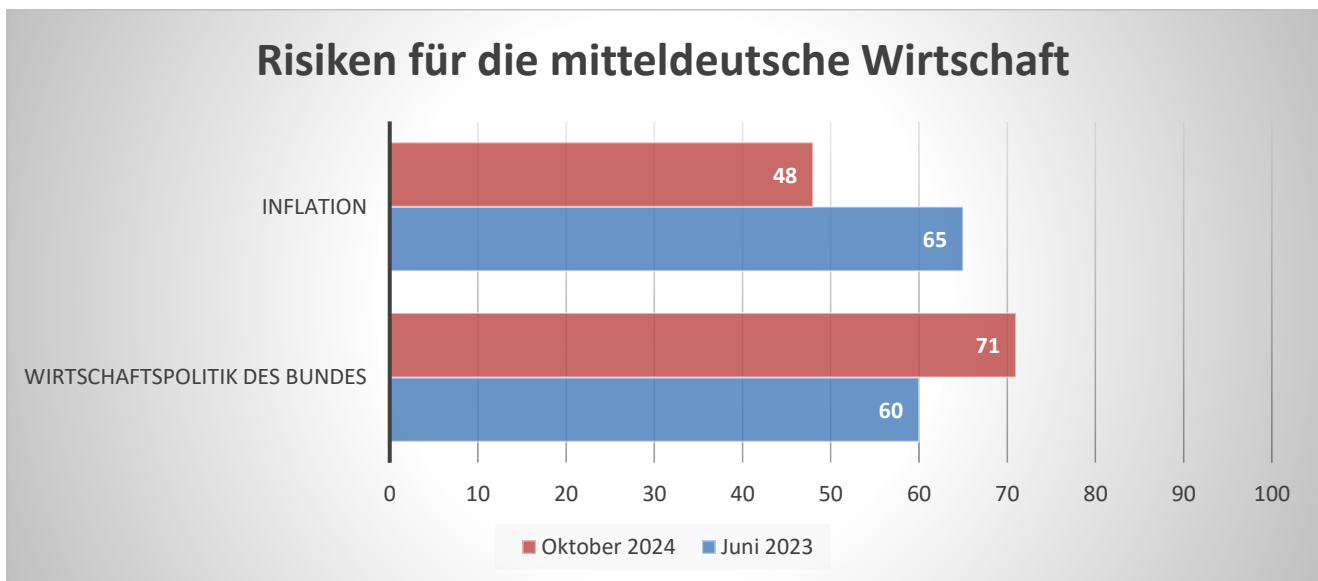
- Mit 82 Prozent wurden die Bürokratie und rechtliche Rahmenbedingungen am häufigsten als Risiko gewertet.
- Mehr als drei Viertel (77 Prozent) sehen die Energie- und Rohstoffpreise als Problem.
- 71 Prozent werten zudem die Wirtschaftspolitik des Bundes als Risiko.
- Darüber hinaus wird auch der Fach- und Arbeitskräftemangel mehrheitlich (53 Prozent) kritisiert.
- Jeweils 48 Prozent werten zudem die Wirtschaftspolitik des Landes sowie die Inflation als Problem.
- Und auch Lieferengpässe sowie Probleme bei den Lieferketten stellen aus Sicht von 46 Prozent ein Problem dar.
- Deutlich mehr als ein Drittel (39 Prozent) schätzt zudem eine geringe Wettbewerbsfähigkeit bei wichtigen Technologien als Risiko ein und 37 Prozent sehen die Arbeitskosten als Problem.
- Darüber hinaus erachtet mehr als ein Fünftel (21 Prozent) einen geringen Gründergeist als Problem.
- 19 Prozent sehen außerdem zu wenig Innovationen, Gründungen und Patente als problematisch an.
- Auch die Digitalisierung und Automatisierung gelten für 18 Prozent als risikobehaftet und für 10 Prozent trifft das auf den Einsatz der Künstlichen Intelligenz zu.

Frage: Und was sind aus Ihrer Sicht derzeit die größten Risiken für die Wirtschaft in Mitteldeutschland? Sie können alles auswählen, das aus Ihrer Sicht zutrifft.



Diese Frage haben wir ebenfalls bereits im Juni vergangenen Jahres gestellt. Im Langzeitvergleich zeigen sich hierbei zum Teil deutliche Unterschiede im Antwortverhalten.

So wird die Wirtschaftspolitik des Bundes jetzt deutlich häufiger als Risiko für die Wirtschaft angesehen, als es noch im Juni 2023 der Fall war (60 Prozent). Demgegenüber wurde die Inflation damals noch deutlich häufiger als Wirtschaftsrisiko gewertet (65 Prozent).



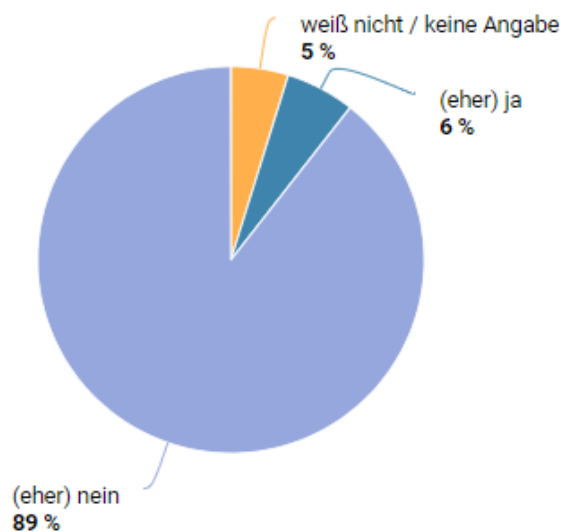
9 von 10 empfinden sinkende Inflation nicht als finanzielle Entlastung

Auch wenn die Inflation von den Befragten deutlich seltener als Risiko für die Wirtschaft gewertet wird, macht sie sich im persönlichen Bereich noch immer negativ bemerkbar.

So haben 89 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer aktuell nicht den Eindruck, dass sie persönlich durch die sinkende Inflation finanziell entlastet werden – auch, wenn die Inflationsrate im September auf 1,6 Prozent gesunken ist.

Lediglich 6 Prozent spüren dadurch eine finanzielle Entlastung.

Frage: Zum Schluss wollen wir noch kurz einen Blick auf die Politik insgesamt werfen. Im September 2024 sank die Inflationsrate auf 1,6 Prozent und damit auf den tiefsten Stand seit Februar 2021. Haben Sie persönlich den Eindruck, dass Sie durch die sinkende Inflation finanziell entlastet werden?



III Politik

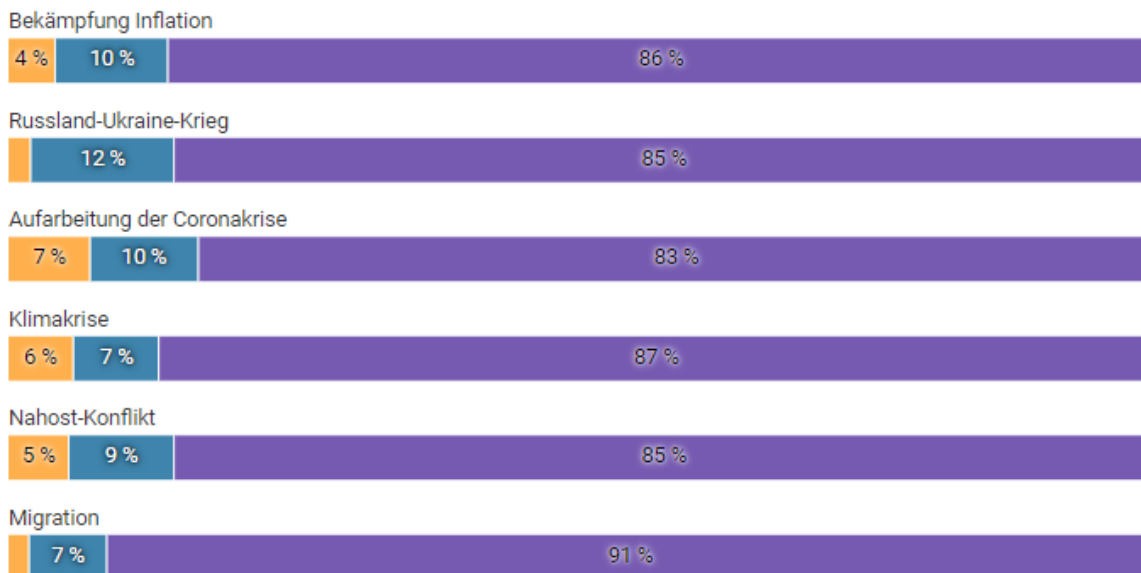
Egal ob Inflationsbekämpfung, Migration oder der Nahost-Konflikt: 8 von 10 haben hier wenig Vertrauen in die Politik und ihre Entscheidungen

Wir haben in dieser Befragung auch einen erneuten Blick auf die Zufriedenheit mit der Politik insgesamt geworfen. Die Ergebnisse zeigen, dass jeweils mehr als 8 von 10 MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer – und damit der Großteil der Befragten – in allen genannten Bereichen (Bekämpfung der Inflation, Russland-Ukraine-Krieg, Aufarbeitung der Coronakrise, Klimakrise, Nahost-Konflikt und Migration) wenig, bis kein Vertrauen in die Entscheidungen der Politik hat.

Das Vertrauen in die politischen Entscheidungen zum Russland-Ukraine-Krieg ist dabei mit 12 Prozent noch am größten.

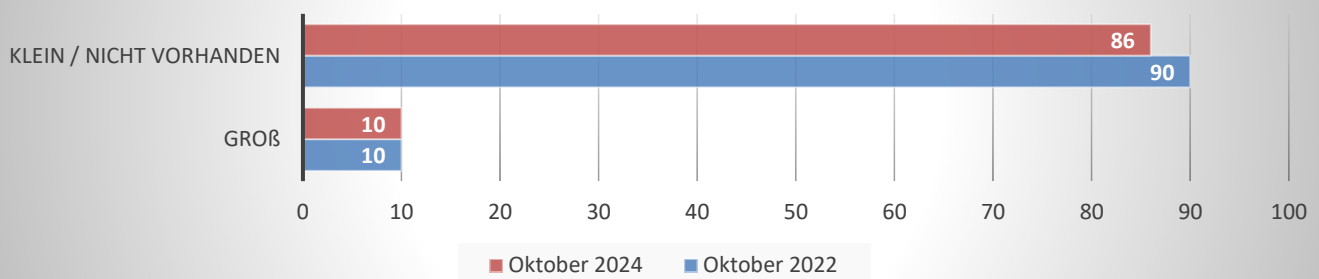
Frage: Und wie groß ist aktuell Ihr Vertrauen in die Politik, dass Sie in den folgenden Bereichen die richtigen Entscheidungen trifft?

● weiß nicht / keine Angabe ● (eher) groß ● (eher) klein / nicht vorhanden

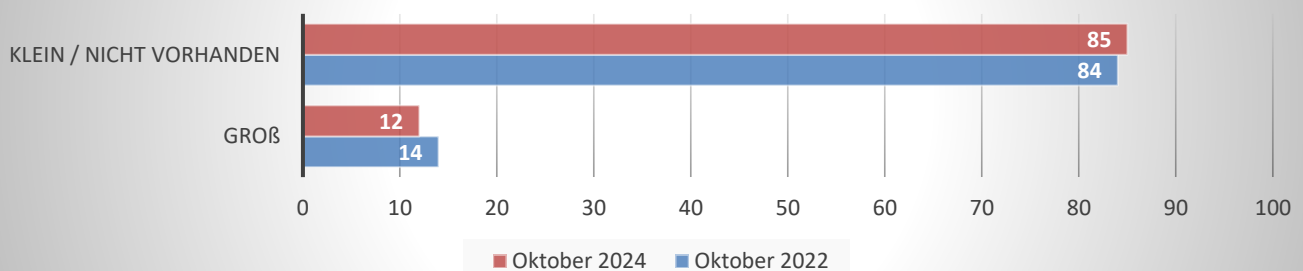


Wir haben das Vertrauen in die Entscheidungen der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Inflation, dem Russland-Ukraine-Krieg und der Klimakrise bereits vor zwei Jahren erfragt. Im Langzeitvergleich zum Oktober 2022 zeigt sich: Aktuell sind etwas weniger Befragte der Ansicht, dass die Bundesregierung beim Russland-Ukraine-Krieg und der Klimakrise die richtigen Entscheidungen trifft. Bei der Bekämpfung der Inflation hat das Misstrauen hingegen leicht abgenommen.

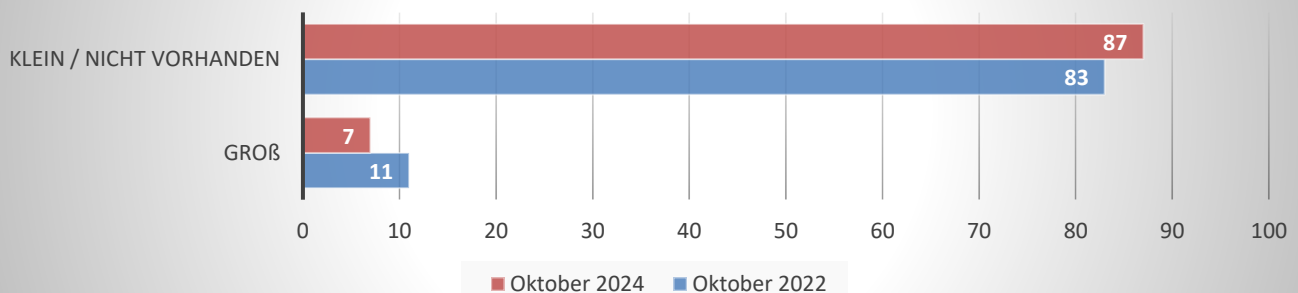
Bekämpfung Inflation



Russland-Ukraine-Krieg



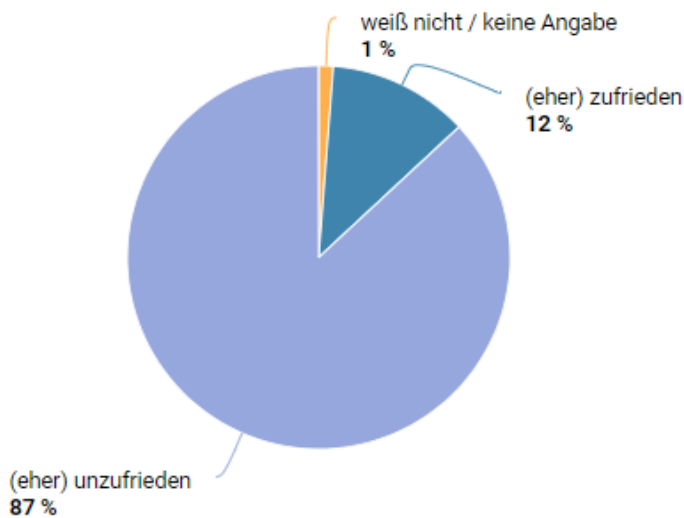
Klimakrise



87 Prozent sind mit Arbeit der Bundesregierung unzufrieden

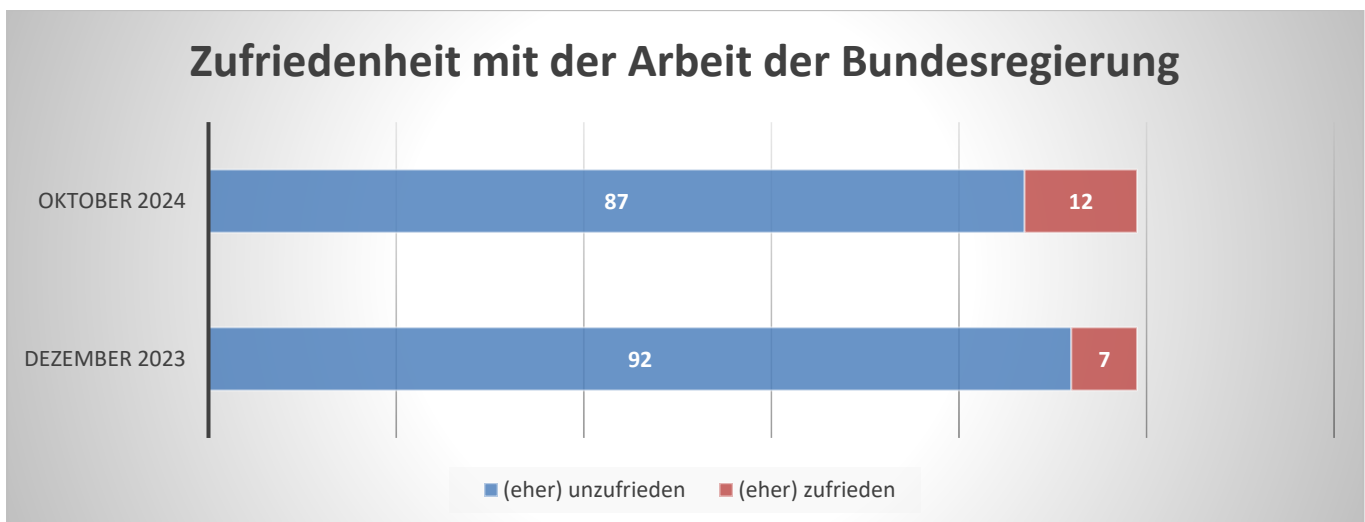
Nach eigenen Angaben waren zudem 87 Prozent der Befragten unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung in diesem Jahr.

Frage: Alles in allem: Wie zufrieden waren Sie 2024 mit der Arbeit der Bundesregierung?



25

Wir haben die MDRfragt-Community auch im vergangenen Jahr gefragt, wie zufrieden sie 2023 mit der Arbeit der Bundesregierung war. Im Vergleich zum letzten Jahr ist die Zufriedenheit leicht gestiegen. Damals waren 92 Prozent mit ihrer Arbeit unzufrieden.



Während sich das Antwortverhalten dabei je nach Geschlecht der Befragten nur leicht unterscheidet...

● weiß nicht / keine Angabe ● (eher) zufrieden ● (eher) unzufrieden

weiblich



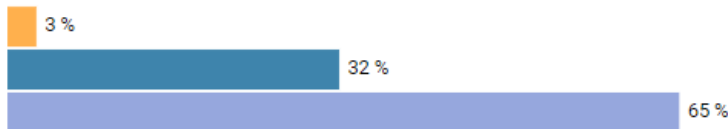
männlich



... zeigt sich im Altersgruppenvergleich, dass die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung mit dem zunehmenden Alter der Befragten abnimmt und bei den jüngsten Befragten (16 bis 29-Jährige) am stärksten ausgeprägt ist.

● weiß nicht / keine Angabe ● (eher) zufrieden ● (eher) unzufrieden

16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



Zudem zeigen sich unterschiede im Antwortverhalten je nach Bundesland. So sind die Befragten in Sachsen mit der Arbeit der Bundesregierung am unzufriedensten.

● weiß nicht / keine Angabe ● (eher) zufrieden ● (eher) unzufrieden



Mehrheit wertet Deutschland als rückschrittliches Land

Passend zum Titel der Befragung „Steckt Deutschland in der Krise“, hat die MDRfragt-Gemeinschaft angegeben, welche Aussagen über Deutschland sie aktuell für zutreffend hält. Die Ergebnisse unterscheiden sich mitunter deutlich:

- So haben 84 Prozent den Eindruck, dass Deutschland sich aktuell eher zum Negativen als zum Positiven entwickelt.
- Analog dazu halten mit 30 Prozent deutlich weniger Befragte Deutschland für ein fortschrittliches Land. Mehr als zwei Drittel (67 Prozent) stimmen dem nicht zu.
- Darüber hinaus denkt ein Fünftel (20 Prozent), dass Deutschland ein Vorbild für andere Länder ist. Drei Viertel (75 Prozent) denken hingegen nicht, dass dies der Fall ist.
- Auch wenn die Mehrheit der Befragten (56 Prozent) der Meinung ist, dass „Made in Germany“ ein Qualitätsmerkmal darstellt, wertet ebenfalls eine Mehrheit (56 Prozent) Deutschland als rückschrittliches Land.
- Dennoch haben 62 Prozent der Befragten den Eindruck, dass es sich in Deutschland gut leben lässt.

Frage: Und abschließend gefragt: Inwiefern halten Sie die folgenden Aussagen für zutreffend?

● weiß nicht / keine Angabe
 ● trifft (eher) zu
 ● trifft (eher) nicht zu

„Deutschland entwickelt sich eher zum Negativen als zum Positiven.“



„Deutschland ist ein fortschrittliches Land.“



„Deutschland ist ein Vorbild für andere Länder.“



„Made in Germany ist ein Qualitätsmerkmal.“



„Deutschland ist ein rückschrittliches Land.“



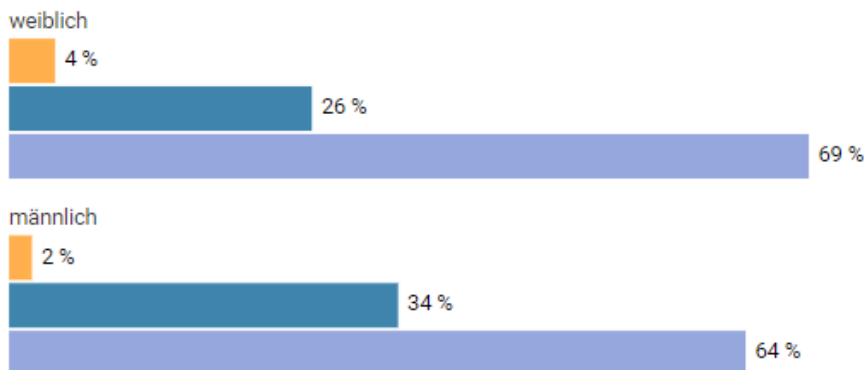
„In Deutschland lässt es sich nicht gut leben.“



Sowohl bei der Fortschrittlichkeit als auch bei der Vorbildfunktion Deutschlands unterscheidet sich das Antwortverhalten je nach Geschlecht der Befragten leicht. Demnach werten die weiblichen Befragten Deutschland etwas seltener als fortschrittlich und als Vorbild für andere Länder als die männlichen Befragten.

„Deutschland ist ein fortschrittliches Land“

● weiß nicht / keine Angabe ● trifft (eher) zu ● trifft (eher) nicht zu



„Deutschland ist ein Vorbild für andere Länder“

● weiß nicht / keine Angabe ● trifft (eher) zu ● trifft (eher) nicht zu



Autobesitz und Antriebsart

93 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gaben an, dass sie bzw. ihr Haushalt selbst ein Auto besitzen und dieses regelmäßig nutzen. Bei 7 Prozent ist dies nicht der Fall.

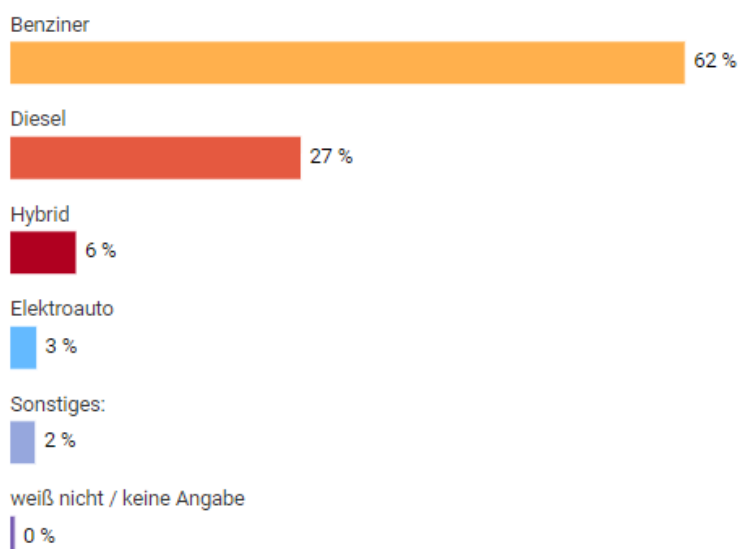
**Da es sich hierbei um keine Meinungs- sondern eine Verhaltensabfrage handelt, ist dieses Ergebnis ungewichtet.*

Frage: Haben Sie bzw. Ihr Haushalt selbst ein Auto, das Sie regelmäßig nutzen



62 Prozent derjenigen, welche ein Auto besitzen, fahren nach eigenen Angaben einen Benziner. Deutlich weniger (27 Prozent) fahren hingegen einen Diesel. Am seltensten werden Hybrid-Fahrzeuge (6 Prozent) und Elektroautos (3 Prozent) genutzt.

**Da es sich hierbei um keine Meinungs- sondern eine Verhaltensabfrage handelt, ist dieses Ergebnis ungewichtet.*



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 10. - 14. Oktober 2024 stand unter der Überschrift:

Infrastruktur und Wirtschaft – Steckt Deutschland in der Krise?

Insgesamt sind bei MDRfragt 66.879 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 14.10.2024, 12.30 Uhr).

22.458 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	194 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	2.719 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	9.531 Teilnehmende
65+:	10.014 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	11.635 (52 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	5.301 (24 Prozent)
Thüringen:	5.522 (25 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	9.061 (40 Prozent)
Männlich:	13.340 (59 Prozent)
Divers:	57 (0,3 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.